

532/AB XXI.GP

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 527/J betreffend Verbesserung der rechtlichen Stellung der KonsumentInnen, welche die Abgeordneten G. Moser, Freundinnen und Freunde am 21. März 2000 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1, 4 bis 6 der Anfrage:

Die Beantwortung der Fragen fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit.

Antwort zu Punkt 2 der Anfrage:

Die Umsetzung der Richtlinie 98/6/EG über den Schutz der Verbraucher bei der Angabe der Preise der ihnen angebotenen Erzeugnisse (Preisangabenrichtlinie) wird insbesondere dazu genutzt, die Bestimmungen der Grundpreisauszeichnung in das geltende Preisauszeichnungsgesetz zu integrieren. Dadurch wird die Preisauszeichnung

dahingehend weiter verbessert, als die Verpflichtung zur Angabe des Grundpreises umfassender als bisher und in einem einzigen Gesetz und daher auch übersichtlicher geregelt ist. Die Auszeichnung des Grundpreises hilft den Verbrauchern insofern, als diese nun leichter und schneller die relativen Preise von Produkten vergleichen können.

Antwort zu Punkt 3 der Anfrage:

Aufgrund des Preisauszeichnungsgesetzes besteht die Verpflichtung, die geforderten Preise inkl. Umsatzsteuer und sonstiger Abgaben (§ 9 Abs. 1 PrAG) auszuzeichnen. Wer aber einen höheren als den ausgezeichneten Preis verlangt, annimmt oder sich versprechen lässt, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit einer Geldstrafe bis zu öS 20.000,-- zu bestrafen. Weiters ist zu bestrafen, wer bei Selbstbedienung im Falle einer Preisänderung bei einem Sachgut nach dessen Entnahme durch den Kunden einen höheren als den im Zeitpunkt der Entnahme ausgezeichneten Preis verlangt, annimmt oder sich versprechen lässt (§15 PrAG).

Überdies wird auf die Möglichkeiten nach dem Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb - UWG, irreführende Geschäftstätigkeit zu bekämpfen, verwiesen. Im übrigen wird auf die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Justiz verwiesen.

Antwort zu den Punkten 7 und 8 der Anfrage:

Die Einführung von verbindlichen Gütesiegel für Lebensmittel durch Rechtsvorschrift ist nicht erforderlich, da die Lebensmittel dem herrschenden Lebensmittelrecht zu entsprechen haben.